Da der Antrag in der vergangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt wurde, steht er mit seitens der Verwaltung zusätzlich zur Verfügung gestellten Informationen erneut zur Beratung auf der Tagesordnung. Aus Sicht der Verwaltung sollte der maßgebliche Eintrittspreis, um den Sondertarif in Anspruch nehmen zu können, nicht auf 5 € angehoben werden. Die Höhe von 2,50 € wurde bewusst so festgelegt, damit die Vereine den Anreiz nutzen und so mit einem geringen Eintrittspreis möglichst viele Besuchende (soziale Komponente) angesprochen werden.

Zum zweiten Teil des Antrages – Streichung einer Stufe der zeitlichen Abstufung – erläutert die Verwaltung, dass die finanziellen Auswirkungen nicht genau beziffert werden können, aber es so ist, dass aufgrund höheren Aufwands auch höhere Personal- und Nebenkosten anfallen, die über Gebühren nicht gedeckt werden, während die Einnahmen sinken würden. In der Arbeitsgemeinschaft Haushaltskonsolidierung haben sich Politik und Verwaltung darauf verständigt die Gebühren, also auch Nebenkosten, zunächst nicht weiter zu erhöhen.

Der Bürgermeister fragt, ob sich Ausschussmitglieder in der Sache befangen sehen.

Die BfM-Fraktion sieht unter Abwägung der Mindereinnahmen der Stadt auf der einen Seite und den positiven Effekten für die Vereine auf der anderen Seite den Antrag als sinnvoll an.

Die SPD-Fraktion befürwortet die Anpassung und erläutert, dass die Vereine eigenständig Abwägungen vornehmen können, ob sie den Sondertarif in Anspruch nehmen möchten oder höhere Eintrittspreise veranschlagen. Die Kosten für die Vereine haben sich erhöht und daher sieht sie die derzeitige Grenze des Eintrittspreises als nicht mehr angemessen an.

Einige Fraktionen äußern, dass sie andere Werte zur Beratung benötigt hätten. Ihnen ist bewusst, dass man keine genauen Zahlen liefern, sondern nur spekulieren kann. Sie hätten aber gerne zusätzliche Werte, um grobe Auswirkungen auf den Haushalt beziffern zu können.

Der Verwaltung sind die genauen Eintrittspreise der Veranstaltungen, die nicht unter den Sondertarif fallen, nicht bekannt, sodass diese Darstellung nicht geliefert werden kann.

Nach einer Sitzungsunterbrechung erklärt die SPD, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, den Antrag erneut zu vertagen, Punkt 2 zu streichen und zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses solle die Verwaltung eine Gesamtliste aller Veranstaltungen vorlegen und den mit der Vermietung verbundenen Aufwand und dessen Entwicklung seit der letzten Festsetzung in 2017 erläutern.